



Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Mobilität u. Digitalisierung

Termin Dienstag, 08.06.2021, 17:00 bis 21:40 Uhr

Ort Wülfrath
Paul-Ludowigs-Haus, Am Sportplatz 26, 42489 Wülfrath-Rohdenhaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
1.5	Genehmigung der Niederschrift
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Vorstellung des Kreisrechenzentrum Niederrhein - KRZN - Vorlage: 10/11-007-2021
5	BUND Anträge A zu Ausgleichsflächen & B zur Abwasserbeseitigung im BP 2.09 Teil Haselnussweg Vorlage: III-013-2021
6	2020-11-12 Antrag CDU_Grüne - Bericht zum Status der Digitalisierung der Stadt Wülfrath Vorlage: 10/11-010-2021
7	Technische und inhaltliche Aktualisierung der städt. Website Vorlage: BVV-007-2021
8	SPD Antrag - Klimagerechte Mobilität der Zukunft in Wülfrath Vorlage: III-016-2021
9	SPD Antrag - Bessere E-Ladeinfrastruktur in Wülfrath Vorlage: III-018-2021
10	B90/Grüne Antrag - extensiv gepflegte Wiesenflächen - [Die Verwaltung berichtet dazu in der Sitzung]
11	Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Sonderprogramm "Klimaresilienz in Kommunen" Vorlage: III-014-2021
12	Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2021 Vorlage: 20-020-2021
13	Mitteilungen und Anfragen



Protokoll

Öffentlicher Teil

TOP 1 Regularien

Vor Sitzungsbeginn werden als Tischvorlagen verteilt:

- Die gesammelten Änderungsanträge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2021.
- Fünf gemeinsame Anträge von CDU / B90-Grüne zum Tagesordnungspunkt Haushaltsplanberatungen 2021.

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden aus Bürgerschaft, Politik, Presse und Verwaltung und als Gast Herrn Fischer, den Geschäftsführer des Kreis Rechenzentrums Niederrhein KRZN.

TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sülz (WG) ist der Meinung, dass drei der fünf kurzfristig als Tischvorlage verteilten Anträge der CDU/B90/Grüne zum TOP Haushaltsplanberatungen 2021 ohne Relevanz für die Haushaltsberatungen seien. Er beantragt diese drei Anträge: „Altpapiercontainer“, „Elektroautos als Ersatz“ und „Bürgerwald“ zur Entscheidung in den HFA zu schieben.

Herr Fritz (Kämmerer) beurteilt den Bezug zum Haushalt so, dass seit Einführung des NKF auch nicht-monetäre Belange/Ziele im Haushalt darzustellen seien. Deshalb sei bei entsprechender Auslegung ein Bezug der drei Anträge zum Haushalt herleitbar.

Herr Mrstik (B90/Grüne) sieht zwar die Relevanz zu den Haushaltsberatungen, ist aber im Sinne der politischen Fairness mit einer Verschiebung in den HFA einverstanden.

Her Ulbrich (SPD) meldet Beratungsbedarf zum Inhalt der drei o.g. Anträge in der Fraktion an.

Der Kämmerer, Herr Fritz und der Bürgermeister erläutern, dass nach telefonischer Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund diese drei Anträge nicht als haushaltsrelevant zu betrachten seien, dass es gleichwohl wegen der unterschiedlichen Einschätzung Aufklärungsbedarf gebe. Die Verwaltung wird auch im Hinblick auf vergleichbare weitere Fälle eine Klärung



herbeiführen.

Es besteht Konsens bei den Ausschussmitgliedern die Entscheidung zu den drei Anträgen in den folgenden HFA zu schieben. Die beiden Anträge „Buslinie 601 Bahnhof Aprath“ und „Livestream von Ratssitzungen“ werden jedoch zum TOP Haushaltsberatungen 2021 genommen und dort beraten.

Frau Kuchler (Linke) bittet darum, den Antrag der Fraktion zum Sonderprogramm „Klimaresilienz in Kommunen“ korrekterweise als Antrag und nicht als Anfrage in Tagesordnung und Beschlussvorlage zu führen.

Die Vorsitzende Frau Dr. Guenther legt im Einvernehmen mit dem Ausschuss eine Änderung der Reihenfolge der Beratungen in der Tagesordnung fest:

Der bisherige Tagesordnungspunkt TOP 7 „Vorstellung des Kreisrechenzentrums Niederrhein KRZN“ wird auf TOP 4 vorgezogen. Der Beschluss zu den Haushaltsberatungen, bisher TOP 4, wird an das Ende der öffentlichen Beratungen als neuer TOP 12 eingestellt, damit die haushalts-relevanten Anträge noch vor der Beschlussfassung zum Haushalt beraten werden können.

TOP 1.5 Genehmigung der Niederschrift

Patrick Schneider (CDU) bittet um Änderung der Niederschrift des AUMD vom 13.04.2021. Zur Thematik der Live Übertragung von Ratssitzungen habe er gesagt: „Der Wert der Sitzungen dürfe sich **nicht** alleine an Zugriffszahlen messen lassen.“

[Ergänzung der Verwaltung im Nachgang, Falsch wurde protokolliert:

„Der Wert der Sitzungen dürfe sich alleine an Zugriffszahlen gemessen werden.“

Richtig ist:

*„Der Wert der Sitzungen dürfe sich **nicht** alleine an Zugriffszahlen messen lassen.“]*

Mit der oben genannten Änderung wird die Niederschrift genehmigt.

TOP 2 Befangenheitsprüfung

Es erklärt sich kein Ausschussmitglied für befangen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner haben keine Fragen.

TOP 4 Vorstellung des Kreisrechenzentrum Niederrhein - KRZN - Vorlage: 10/11-007-2021

Der Geschäftsführer des Kreis Rechenzentrum Niederrhein (KRZN), Herr Fischer, stellt in einer Präsentation die Aufgaben des KRZN und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Stadt



Wülfrath als Verbandsmitglied oder Auftraggeber von IT-Dienstleistungen vor. Insbesondere wird die bestehende gute Zusammenarbeit mit den Verbandsmitgliedern, der Kreisverwaltung Mettmann und der Stadt Mettmann betont.

Herr Fischer beantwortet folgende Fragen der Ausschussmitglieder [*Antwort von Herrn Fischer jeweils kursiv*]:

- Frau Kückler (Linke) zur Ausbildung von Nachwuchs:
*Es gebe das duale Ausbildungssystem und die klassische Informatiker*innenausbildung beim KRZN.*
- Herr Mrstik (B90/Grüne) zur Dauer der Migration auf die neuen Systeme beim KRZN:
Die Umstellung der Stadt Mettmann mit 100 Produkten sei auf 5-6 Jahre angelegt. Die Kosten der Migration trage das Budget des Verbandes insgesamt.
- Herr Tüßelmann (SPD) zur Größe der Mitgliedskommunen:
Von kleiner 10.000 bis zu größer 200.000 Einwohnern.
Zum Zeitraum für Systementscheidungen:
Bei kleineren Anwendungen ca. 2 Monate und bei großen Verfahren auch ein Jahr.
Zum Erneuerungsintervall von Softwarelösungen:
Ca. 10 Jahre.
- Herr Schneider (CDU) zur Kostenbasis:
Es werden für die gemeinsamen zentralen Softwarelösungen die Kosten nach Zahl der Einwohner der Verbandsmitglieder umgelegt.
- Herr Mrstik (B90/Grüne): Gibt es Dienstleistungsverträge mit dem KRZN oder nur die Möglichkeit einer Verbandsmitgliedschaft?
Beides sei möglich, die Mitgliedschaft sei jedoch kostengünstiger.
- Frau Kückler (Linke) zum Austritt von Verbandsmitgliedern:
Sei bisher noch nicht passiert, aber möglich.

Herr Benner, Leiter des Hauptamtes, ergänzt, dass lediglich zentrale Verfahren vom KRZN übernommen werden könnten, der IT-Betrieb vor Ort im sog. „First Level Support“ direkt beim Nutzer sowie Hardwarekosten und Spezialsoftware blieben vor Ort bei der IT der Stadt Wülfrath.

TOP 5 BUND Anträge A zu Ausgleichsflächen & B zur Abwasserbeseitigung im BP 2.09 Teil Haselnussweg
Vorlage: III-013-2021

Herr Bornemann, Umweltreferent im Planungsamt, erläutert die Begründung der Verwaltung zum Beschlussvorschlag des BUND-Antrags Teil A. Er stellt die Lage und geplante Ausprägung der Ausgleichsflächen im Bebauungsplan 2.09 Teil Haselnussweg vor. Er betont für die Verwaltung, dass im Rahmen des rechtskräftigen Bebauungsplans die Erfahrungen des BUND bei der fachgerechten Ausgestaltung von festgesetzten Ausgleichsflächen genutzt werden sollen. Abweichende Festsetzungen seien jedoch nicht geplant.

Herr Ball-Sadlo (BUND) erläutert als Antragsteller die Zielrichtung des BUND, die sich im Wesentlichen auf die Mitgestaltung bei der zeitgemäßen Ausgestaltung der Ausgleichsflächen



nach dem alten Bebauungsplan aus dem Jahr 1993 beziehe.

Herr Schneider (CDU) fragt danach, ob der Beschlussvorschlag für beide Anträge A und B gelte: *Herr Bornemann antwortet, dass der Beschlussvorschlag nur Teil A umfasse, da der geforderte Bericht zu der Entwässerungssituation in Teil B des Antrags bereits mit der Begründung in der Vorlage durch das Tiefbauamt erfolgt sei.*

Frau Küchler (Linke) fragt, warum der BUND gegen die aus ihrer Sicht wertvollen Obstwiesen sei: *Herr Bornemann erläutert, dass Obstwiesen auf den Ausgleichsflächen nicht geplant gewesen seien.*

Herr Czerwonka (SPD) erinnert daran, dass das eigentliche Bebauungsplanverfahren bereits gelaufen sei und nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden dürfe. Wenn in diesem Einzelfall die Beteiligung des BUND nur die Ausgestaltung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen betreffe, sei dies akzeptabel und die SPD könne dem Antrag zustimmen.

Die Vorsitzende Dr. Guenther (B90/Grüne) begrüßt die Beteiligung des BUND.

Herr Ulbrich (SPD) erinnert daran, dass bereits in den 80er Jahren der BUND über die Person des BUND-Mitglieds Herrn Lederer bei der Aufstellung des Bebauungsplans eingebunden gewesen sei.

Der Bericht zu Teil B des Antrags wird zur Kenntnis genommen.
Der Beschlussvorschlag zu Teil A des Antrags zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, den BUND, Ortsgruppe Wülfrath, bei der Ausgestaltung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen einzubinden.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	X	17
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 6 2020-11-12 Antrag CDU_Grüne - Bericht zum Status der Digitalisierung der Stadt Wülfrath
Vorlage: 10/11-010-2021

Herr Mrstik (B90/Grüne) bedankt sich bei der städtischen Digitalisierungsbeauftragten, Frau Görtz, für den ausführlichen Bericht zum Status der Digitalisierung bei der Stadt Wülfrath. Er kann sich vorstellen, neben dem AUMD, ein Gremium zur Begleitung der Digitalisierung einzurichten.

Herr Schneider (CDU) bedankt sich bei Frau Görtz für den guten „Aufschlag“.



Frau Kückler (Linke) bedankt sich für und lobt den gelungenen Bericht.

Herr Ulbrich (SPD) lobt ebenfalls den Bericht und weist darauf hin, dass künftig noch Investitionen notwendig seien, um den guten „Aufschlag“ zu einem guten Spiel werden zu lassen.

Der Antrag wird in der Sache mit dem vorgelegten Bericht auch ohne formellen Beschluss als erledigt angesehen.

TOP 7 Technische und inhaltliche Aktualisierung der städt. Website Vorlage: BVV-007-2021

Herr Schneider (CDU) übt Kritik an der Struktur und Bedienbarkeit der aktuellen städtischen Webseite. Frau Kückler (Linke) ergänzt, dass die Aktualisierung der Webseite wohl eine Daueraufgabe sei und nicht, wie jetzt von der Verwaltung dargestellt, nur vier Jahre dauern sollte.

Herr Herbes (WG) merkt an, dass die jetzt aufgerufenen 66.250 € als Basispreis für die Neugestaltung der Webseiten doch deutlich höher seien, als die von B90/Die Grünen seinerzeit genannten 13.000 €. Frau Drasnin (Büro Bürgermeister) erläutert, dass der von Herrn May genannte Preis auf einem reinen Basis-Angebot fuße, ohne jegliche Module. Bei diesem Angebot kämen hohe monatliche Kosten hinzu, so dass der eingeplante Betrag wahrscheinlich doch erreicht werde.

Frau Görtz (Digitalisierungsbeauftragte) ergänzt, dass die Anforderungen an die Barrierefreiheit und an das Onlinezugangsgesetz und weitere notwendige technische Anpassungen den höheren kalkulierten Preis erklärten.

TOP 8 SPD Antrag - Klimagerechte Mobilität der Zukunft in Wülfrath Vorlage: III-016-2021

Herr Ulbrich (SPD) erläutert als Antragsteller den Antrag. Er betont, dass ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept zur klimagerechten Mobilität notwendig sei und nicht nur Einzelmaßnahmen. Er stellt die Frage in den Raum, wie die notwendigen Stellen dafür besetzt werden könnten? Ständen die notwendigen finanziellen Ressourcen im Haushaltsplan?

Bürgermeister Ritsche geht mit den Zielen des Antrags konform. Der technische Dezernent Herr Dr. Holl stellt dar, dass sich die Personalakquise leider schwierig gestalten, aber eine ¼-Planerstelle für die beantragten Themen in den Haushaltsentwurf eingestellt sei.

Herr Mrstik (B90/Grüne) signalisiert Zustimmung zum Ansatz der SPD und fragt, ob Personal- und Sachkosten für die Thematik eingeplant seien. Herr Dr. Holl erläutert, dass Planungskosten im Haushaltsentwurf enthalten seien, notwendige Sachkosten für die Umsetzung geplanter Maßnahmen in den Folgejahren noch angesetzt werden müssten.

Frau Kückler (Linke) sieht den Focus der SPD bei der CO₂-Reduktion. Sie frage sich jedoch, wie die Wirksamkeit der Maßnahmen geprüft werden könne.

Herr Schneider (CDU) geht inhaltlich mit dem Antrag der SPD konform. Ein Beschluss sei jedoch unnötig, da zurzeit bei den Fraktionen zwar der Wille zur Umsetzung bestehe, aber eine Umsetzung nicht möglich sei. Er bringt das Instrument des Sperrvermerks in die Diskussion. Die



SPD habe viele Einzelfragen gestellt, aber ein Gesamtkonzept könne er nicht erkennen.

Bürgermeister Ritsche interpretiert den SPD-Antrag aus Sicht der Verwaltung wie folgt: Auch die Stärkung der Rad- und Fußgängerverkehre seien auf ihre CO₂-Einsparpotenziale zu untersuchen und die Verwaltung wolle den Antrag gerne umsetzen und ein Konzept erstellen. Die Stelle sei im Haushalt eingestellt und die Aufgabe würde von der Verwaltung auch ohne Antrag angegangen werden.

Auf ausdrücklichen Wunsch der SPD-Fraktion stellt die Vorsitzende Frau Dr. Guenther den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss

Zur Reduzierung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen und weiterer Luftschadstoffe in Wülfrath wird die Verwaltung gebeten zur Entwicklung eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes folgende Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zur Verbesserung der städtischen CO₂-Bilanz zu untersuchen:

- Überprüfung und Optimierung der Verkehrssicherheit und der Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrende.
- Direkte sichere Radverbindungen aus den Quartieren in die Innenstadt.
- Einrichtung von mehr Tempo-30-Bereichen bzw. Tempo-20-Bereichen.
- Einführung eines Parkraum-Managements unter Einbindung des Einzelhandels im Gesamtkontext der Perspektivenwerkstatt.
- Verbesserung der verkehrlichen Radwegeanbindung an ein überörtliches kreisweites Radwegenetz inklusive Radschnellwegen.
- Vorrang für Kreisverkehre unter Beachtung der Barrierefreiheit für den Fußverkehr.

Ziel aller Maßnahmen soll die Verbesserung des Modal Splits zugunsten von Fußgänger*innen, Radfahrenden sowie Bus- und Bahnfahrenden sein.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	17	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 9 SPD Antrag - Bessere E-Ladeinfrastruktur in Wülfrath
Vorlage: III-018-2021

Herr Ulbrich (SPD) erläutert den Antrag.

Bürgermeister Ritsche informiert, dass die notwendigen Anträge zur Umsetzung der mit dem Antrag verbundenen Ziele bereits gestellt seien. In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Wülfrath, welche die Ladesäulen betreiben würden, solle ein Standortkonzept entwickelt werden.



Herr Mrstik (B90/Grüne) hält somit den SPD-Antrag für unnötig. Herr Schneider (CDU) ergänzt, dass die Verwaltung doch bereits umsetze, was beantragt werde. Frau Kückler (Linke) kann sich dem Inhalt des Antrags anschließen, hält ihn jedoch für unnötig.

Herr Ulbrich (SPD) will den laufenden Prozess und den Antrag jedoch beschlossen sehen.

Beschluss

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Mobilität in Wülfrath unter Berücksichtigung von öffentlichen Fördermitteln weiter voranzutreiben und zu verstetigen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	17	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 10 B90/Grüne Antrag - extensiv gepflegte Wiesenflächen - [Die Verwaltung berichtet dazu in der Sitzung]

Frau Michalke (B90/Die Grünen) erläutert den Antrag.

Herr Herbes (WG) signalisiert grundsätzliche Zustimmung. Er erinnert an die bereits seit langem angekündigte Vorstellung eines Konzepts für die Grünflächenpflege, welches auch den Probebetrieb von drei Versuchsflächen beinhaltet.

Herr Bornemann (Planungsamt) kündigt für den Herbst 2021 die Vorstellung des Konzeptes zur Freiflächenpflege an, welches zurzeit erarbeitet werde. Der Aspekt der Extensivierung von Wiesenflächen soll darin auch berücksichtigt werden.

Herr Schneider (CDU) fragt danach, ob die im Haushalt eingestellten 55.000 € für das Konzept vorgesehen seien. Die Verwaltung sagt eine Aussage zum Protokoll zu.

[Anm. der Verwaltung: 36.000 € sind für Unterhaltungsarbeiten zur Umsetzung des Freiflächenkonzeptes vorgesehen. Weitere 19.000 € für Verkehrssicherungsmaßnahmen und Baumkontrollen an städtischen Bäumen. Siehe auch Haushaltsberatungen Sachkonto 523700 bei Produkt 1301.]

Herr Ball-Sadlo (BUND) ist der Ansicht, dass zweimaliges Mähen und Mulchen ökologisch nicht sinnvoll sei. Er plädiert dafür, nach dem Vorbild der biologischen Station Haus Bürgel, abschnittsweise zu mähen und zu räumen.

Bürgermeister Ritsche fragt den Antragsteller, ob unter geeigneten Flächen auch Flächen zu verstehen seien, die nur unwirtschaftlich herzustellen seien? Herr Mrstik (B90/Grüne) erläutert, dass als geeignet, die Flächen verstanden würden, welche sich vernünftigerweise darstellen ließen, auch wenn das nicht immer wirtschaftlich sei.

Frau Kückler (Linke) plädiert dafür auch die Bürger*innen durch Informationen und zum Beispiel



eine Anti-Steingarten Kampagne mitzunehmen und an die Landwirte zu appellieren Hecken in der Landschaft darzustellen.

Auf Anregung des Bürgermeisters wird der Beschlussvorschlag mit zwei Ergänzungen versehen: „nach Vorstellung des Freiflächenkonzepts im Herbst 2021“ und „Umsetzung mit dem Haushalt 2022“.

Frau Dr. Guenther stellt den insoweit ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt:

Nach Vorstellung des Freiflächenkonzeptes im Herbst 2021 und mit Umsetzung des Haushalts 2022

- Geeignete Flächen für extensiv gepflegte Wiesenflächen auszuweisen und in diese umzuwandeln.
- Bestehende Hecken möglichst freiwachsen zu lassen (soweit Heckenart und Verkehrssicherheit dies erlauben).

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	17	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 11 Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Sonderprogramm "Klimaresilienz in Kommunen"
Vorlage: III-014-2021

Frau Kuchler (Linke) merkt an, dass es sich, entgegen dem Titel der Mitteilungsvorlage, um einen Antrag und nicht um eine Anfrage handele. Sie stelle sich vor, dass der Klimaschutzmanager Anträge zur Klimaresilienz stellen solle, um weitere Mittel zu generieren.

Bürgermeister Ritsche trägt vor, dass wie in der Vorlage bereits von der Verwaltung dargelegt, bereits eine Antragstellung erfolge und die Verwaltung bemüht sei, abhängig von den Personalressourcen, weitere Anträge zur Klimaresilienz zu stellen.

Herr Mrstik (B90/Grüne) unterstützt den Antrag.

Herr Dr. Holl (technischer Dezernent) gibt zu bedenken, dass nach einer Beantragung von Fördermitteln auch das Personal notwendig sei, um den Einsatz der Fördermittel zu begleiten.

Im Konsens wird nach eingehender Diskussion vereinbart, die geforderten detaillierten Maßnahmenlisten nicht beschließen zu lassen, gleichwohl weitere Fördermöglichkeiten zu eruieren.

Den insoweit geänderten Beschlussvorschlag stellt die Vorsitzende Frau Dr. Guenther zur Ab-



stimmung.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Möglichkeiten zu eruieren, die sich gemäß den Vorgaben des Sonderprogramms „Klimaresilienz in Kommunen“ im Rahmen der Corona-Hilfe eignen, um eine Teilnahme an diesem Förderprogramm des Landes NRW (Projektträger Jülich – Erkennen, Fördern, Gestalten) zu ermöglichen. Die Maßnahmen werden der Politik zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	17	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 12 Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2021

Vorlage: 20-020-2021

Vor der Sitzung wurden die Veränderungsanträge der Verwaltung zum Haushalt 2021 als Tischvorlagen verteilt.

Die beiden schriftlich eingereichten Anträge von B90/Grünen zum Haushalt 2021 werden zum korrespondierenden Produktbereich in die Beratung angenommen. Der Antrag „Buslinie 601“ soll zu Produktbereich 1203 und der Antrag „Livestream von Sitzungen“ zu Produktbereich 0115 beraten werden.

Im Konsens werden die drei schriftlich von B90/Die Grünen eingereichten Anträge „Bürgerwald“, „PKW-Ersatzbeschaffung als E-Autos“ und „Papiercontainer“ zur Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss geschoben.

Der Kämmer Herr Fritz stellt die einzelnen Produkte und die Veränderungsanträge dazu vor und beantwortet Detailfragen in der Beratung:

0109: Baubetriebshof:
Keine Änderungen

0115: Zentrale Dienste, EDV:

Die Veränderungsanträge werden zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsmittel für die Neueinrichtung der städtischen Homepage Sachkonto 782100 werden neu und verändert im folgenden HFA angesetzt. Der Antrag von B90/Grüne zum Streaming von Ratssitzungen wird inhaltlich diskutiert. Die Verwaltung teilt aktuelle Umfrageergebnisse zur Bereitschaft der Rats- und Verwaltungsmitglieder mit, sich für das Streaming filmen zu lassen. Danach mangle es noch an ausreichender Bereitschaft. Der Leiter des Hauptamtes, Herr Benner, weist ergänzend auf technische Probleme bei der Herstellung von Sichtachsen im Ratssaal hin. Wegen des hohen Rücksprache- und Beratungsbedarfes wird die Entscheidung über das „Streaming“ in den nachfolgenden HFA zur Entscheidung geschoben.



0119: Technisches Gebäudemanagement:

Keine Änderungen. Auf Wunsch von Herrn Mrstik (B90/Grüne) sollen die durch technische Optimierung möglichen Einsparungen auch kostenmäßig dargestellt werden. Der Technische Dezernent Dr. Holl sagt zu, dies zu prüfen.

1101: Abfallwirtschaft:

Änderungen wegen erhöhter Abfallmengen. Mehraufwand ist durch Gebühren gedeckt.

1102: Abwasserbeseitigung:

Keine Änderungen.

1201: Verkehrsflächen und -zubehör:

Die geplante Sanierung der Baumscheiben zum Preis von je ca. 5–6 t € wird zu Gunsten der Grundsteuer um zwei Jahre verschoben. Die Zaunanlage am Steinbruch Schlupkothen muss aufwändiger als geplant instandgesetzt werden.

1202: Verkehrliche Planung:

Keine Änderungen.

1203: ÖPNV/SPNV:

Die bisher falsch unter dem Produkt 1205 „Straßenbeleuchtung“ gelisteten Kosten für die Bushaltestelle Aprath (+2.000 €) werden künftig richtig beim Produkt „ÖPNV/SPNV“ geführt. Schäden an Beleuchtungsanlagen müssen behoben werden (+2.000 €). Die VRR Umlage steigt durch Nachtragssatzung des Kreises (+48.466 € jährlich). Laut Verwaltungsvorschlag und dem Antrag von B90/Die Grünen folgend, soll auf die Ausweitung der Leistung auf der Buslinie 601 Aprath verzichtet werden (jährlich -235.025 €). Im Gegenzug soll ab 2021 als Bürgerbus oder Taxi eine geeignete subventionierte Lösung gefunden werden. Herr Mrstik (B90/Grüne) ist damit einverstanden, dass die Entscheidung zum schriftlichen Antrag in den HFA geschoben wird. Die Planung von Mobilstationen wird mit den korrespondierenden Planungs- und Herstellungskosten um ein Jahr verschoben.

1204: Straßenreinigung und Winterdienst:

Die Änderungen beziehen sich auf die ergebnisneutrale Verschiebung von Straßenreinigungskosten auf das Produkt 1201 „Verkehrsflächen“. Die Begründung zu Sachkonto 526100 wird korrigiert: *„Der Kreis Die Stadt Mettmann hat eine Erhöhung der Straßenreinigung für 2021 festgesetzt“*.

1205: Straßenbeleuchtung:

Der Ansatz im Sachkonto wird um den Stromverbrauch der Bushaltestelle Aprath (-2.000 €) reduziert. Auf Nachfrage zum Effekt der Umrüstung auf LED weist Herr Eichbüchler von der Kämmerei darauf hin, dass ab 2022 die Kosten geplant um ca. -10.500 € jährlich sinken.

1301: Parkanlage und Grünflächen:

Die Kosten für Baumkontrollen werden vom Produkt 0117 „kaufmännisches Gebäudemanagement“ auf das Sachkonto beim Produkt 1301 „Parkanlagen und Grünflächen“ verschoben. Die Kosten für die Unterhaltung von Wald, bisher im Produkt 0117 und von Freiflächen städtischer Liegenschaften werden im Produkt 1301 sachgerecht zusammengelegt. Überzahlungen des Landes aus dem Stadtentwicklungsprogramm müssen zurückgezahlt werden.

Herr Ball-Sadlo (BUND) fragt, wo die „Ökopunkte“ budgetiert seien. Der Kämmerer Herr Fritz lässt das prüfen [Anm.: zum Protokoll: die Erläuterung findet sich unter 1401 Ökokonto].



1401: Umwelt:

Zuweisungen des Bundes aus der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ ändern sich. Die Ansätze werden angepasst. Die Auszahlungen aus dem „Ökokonto“ zur Realisierung von Ersatzmaßnahmen werden an die Bedarfe angepasst. Im Hinblick auf die Fragen von Herr Ball-Sadlo zum Ökokonto bietet der Kämmerer Herr Fritz dem BUND einen individuellen Gesprächstermin zur Erläuterung an. Zum Förderprogramm des Bundes „Infrastruktur vor Ort“ sollen drei Elektroladesäulen mit sechs Ladepunkten errichtet werden. Herr Schneider (CDU) fragt, ob ein späterer Antragsbeginn noch möglich sei. Bürgermeister Ritsche empfiehlt nach dem „Windhundprinzip“ vorzugehen und sofort die Mittel zu beantragen, da für die Zukunft keine sicheren Prognosen über weitere Förderungen vorliegen.

Die Vorsitzende, Frau Dr Guenther stellt den Haushaltsplan 2021 mit seinen bisherigen Änderungen insgesamt zur Abstimmung.

Beschluss

Die in allen Produkten und als Fachausschuss in den Produkten:

- 0109 –Baubetriebshof
- 0115 – Zentrale Dienste, EDV
- 0119 – Technisches Gebäudemanagement
- 1101 – Abfallwirtschaft
- 1102 – Abwasserbeseitigung
- 1201 – Verkehrsflächen und -zubehör
- 1202 – Verkehrliche Planung
- 1203 – ÖPNV / SPNV
- 1204 – Straßenreinigung und Winterdienst
- 1205 – Straßenbeleuchtung
- 1301 – Parkanlagen und Grünflächen
- 1401 – Umwelt

It. Haushaltsplanentwurf zum Haushalt 2021 im Ergebnis- bzw. Finanzplan bereit zu stellenden Mittel werden unter Berücksichtigung der (soweit) vorliegenden Veränderungsanträge dem Rat der Stadt Wülfrath zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig	17	
Mehrheitlich		

	Gesamt	CDU	SPD	WG	Grüne	Linke	FDP	BM
Zustimmung	17	6	3	3	3	1	1	
Ablehnung								
Enthaltung								

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen und Anfragen von Verwaltung oder den Ausschussmitgliedern.





anwesend

SE-BUND, beratend

Herr Dipl.-Ing. Andreas Ball-Sadlo

SB-stimmberechtigt

Herr Patrick Janoska
Herr Mario Sülz
Herr Paul Thamm
Herr Tim Tüsselmann
Frau Beatrice Wulf

Ratsmitglied

Frau Dunja Baumhardt
Frau Ann-Kathrin Berg
Herr Hans-Joachim Czerwonka
Herr André Herbes
Frau Ilona Kückler
Frau Johanna Liell
Frau Sandra Michalke
Herr Stephan Mrstik
Herr Patrick Schneider
Herr Hans-Jürgen Ulbrich
Herr Michael Wrase

Verwaltungsmitarbeiter/in

Herr Marcus Benner
Herr Andreas Bornemann
Frau Sabine Drasnin
Herr Paul-Georg Fritz
Herr Dr. Stefan Holl
Herr Peter Eichbüchler
Frau Benita Görtz

Bürgermeister

Herr Rainer Ritsche

Vorsitzende

Frau Dr. Tina Guenther



Wülfrath, den 25. Juni 2021

(Dr. Tina Guenther)
Ausschussvorsitzende

(Andreas Bornemann)
Schriftführer

Die Niederschrift ist im Original unterschrieben. Das Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.